

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne nehme ich Stellung zu dem Problem der hohen kommunalen Abgaben in Mönchengladbach. Die von Ihnen zitierte Auswertung des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) im Auftrag von Haus & Grund Deutschland, die Mönchengladbach als teuerste Stadt Deutschlands bei den kommunal zu verantwortenden Nebenkosten ausweist (Grundsteuer, Abfall- und Abwassergebühren), ist alarmierend und bestätigt eine Entwicklung, die die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen der Stadt seit Jahren belastet.

Ich teile Ihre Einschätzung, dass dies in Zeiten steigender Nebenkosten ein untragbarer Zustand ist, der dringend politisches Handeln erfordert. Als Oberbürgermeisterkandidat ist es mein klares Ziel, diese Belastung zu reduzieren. Dabei muss ich aber auch darauf verweisen, dass dies nur dann möglich ist, wenn bestimmte Kriterien erfüllt sind.

Schauen wir zunächst auf die **Grundsteuer**.

Die Grundsteuerreform, die der Bundesregierung durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vorgegeben wurde, sollte die jahrzehntelange Ungleichheit zwischen Gewerbe- und Wohnimmobilien beseitigen. Das Ergebnis der Reform sollte außerdem „aufwandsneutral“ sein, D.h. das neue Gesetz sollte den Kommunen die gleichen Einnahmen wie bisher zukommen lassen. Dies war im Ergebnis für die Stadt Mönchengladbach leider nicht der Fall. Bei einer Beibehaltung der alten Hebesätze hätte das einen erheblichen Ausfall an Grundsteuern für den städtischen Haushalt bedeutet. Um also die gleichen Einnahmen zu erzielen haben wir die vom NRW-Finanzministerium vorgeschlagenen neuen Hebesätzen parteiübergreifend beschlossen.

Als finanzpolitischer Sprecher der Grünen Ratsfraktion hatte ich mich zuvor bemüht, den sogenannten „**Differenzierten Ansatz**“, also die Trennung von Gewerbe- und Wohnimmobilien hinsichtlich des Hebesatzes vorzuschlagen, den uns die NRW-Landesregierung gesetzlich eröffnete. Die rechtlichen Gutachten hierzu schätzten aber die Rechtssicherheit sehr unterschiedlich ein, so dass wir zu einer breiten ebenfalls parteiübergreifenden Übereinstimmung kamen, diese zunächst nicht anzuwenden.

Hier gehe ich davon aus, dass es in den kommenden Jahren mehr Rechtsicherheit geben wird. Fällt diese zugunsten des „Differenzierten Ansatzes“ aus, würde ich – nicht nur im Falle meiner Wahl zum OB, hier entsprechende Anträge einbringen, diese anzuwenden. Das würde die privaten Hausbesitzer, besonders bei Ein- und Zweifamilienhäusern entlasten, nicht jedoch die Gewerbeimmobilieneigentümer.

Fairerweise will ich nicht verschweigen, dass wir auch in diesem Fall die Belastungen nur verschöben, die Gesamtsumme der Einnahmen aus dieser Steuer muss in Anbetracht der angespannten Haushaltslage die gleiche bleiben.

Eine mittelfristige Absenkung des Hebesatzes ist ein ambitioniertes Ziel, das nur durch eine konsequente Haushaltskonsolidierung, mehr Einnahmen an anderer Stelle und bei einem positiven Haushaltsabschluss erreicht werden kann.

Dieses Ziel sehe ich angesichts der Tatsache, dass es in NRW fast keine Kommune mehr mit einem ausgeglichenen Haushalt gibt, als eher unwahrscheinlich zu erreichen an.

Die **Abfallgebühren** werden durch die Kosten der Entsorgung und Verwertung beeinflusst. Dabei hat die mags in den vergangenen Jahren deutliche Fortschritte in der Optimierung der Entsorgungslogistik erreicht, u.a. mit der Überprüfung der Tourenplanung und der Entsorgungsintervalle, um Effizienz zu steigern und Leerfahrten zu minimieren. Es gab hinsichtlich der Förderung der Abfallvermeidung und Kreislaufwirtschaft eine Intensivierung der Bürgerinformation und Kampagnen zur Abfallvermeidung und korrekten Mülltrennung. Eine höhere Sortenreinheit reduziert nämlich die Kosten für die Nachsortierung und erhöht die Erlöse aus der Verwertung. Dennoch müssen wir feststellen, dass die mags am Ende den Kosten „hinterherläuft“

Auch fanden regelmäßige Verhandlung zur Erzielung besserer Konditionen mit Entsorgern und Ausschreibungen sowie harte Verhandlungen mit den Entsorgungsunternehmen statt, um die bestmöglichen Preise für die Stadt zu erzielen.

Ich gehe fest davon aus, dass die mags sich weiterhin sehr intensiv darum bemühen wird, ihre Kostenstruktur kritisch zu überprüfen und zu optimieren und ihre Erlöse (z.B. aus Altpapier) zu verbessern. ABER ich muss auch zu Ausdruck bringen, das geht nur, wenn die Menschen in dieser Stadt sich deutlich verantwortungsvoller in Sachen Entsorgung ihres Abfalles verhalten. So ist z.B. der Fremdanteil am Altpapier, aber auch bei anderem zu trennendem Müll unfassbar gestiegen. Wilder Müll, achtloses Wegwerfen von Müll, etc. führt nicht nur zu unschönem Anblick, sondern leider auch zu Kostensteigerungen bzw. zu Mindereinnahmen bei Verkauf von recyclebarem Material.

Als OB möchte ich dieses Thema unverzüglich aufgreifen. Hier muss ein Umdenken erwirkt werden, von dem am Ende alle Menschen in MG profitieren würden. Eine saubere Stadt einerseits und geringere Gebühren auf der anderen Seite.

Die **Abwassergebühren** resultieren aus den Kosten für die Reinigung und Ableitung von Schmutz- und Niederschlagswasser aber auch zum Schutz von Hochwasser und Starkregenereignissen. Außerdem liegt diese Aufgabe bei der NEW, die zu Recht immer darauf hinweist, dass wir eines der größten Kanalnetze in Deutschland haben, der Vergleich also ein wenig hinke.

Um diese Gebühren dennoch zu senken, sehe ich folgende Maßnahmen:

Effizienz der Abwasserbetriebe: Hier muss eine kritische Prüfung der Betriebskosten der Stadtentwässerung und des Kläranlagenbetriebs auf Optimierungspotenziale erfolgen.

Wir müssen prüfen, ob der **Einsatz moderner Technologien** zur Energieeffizienz in Kläranlagen verbessert werden kann.

Es gilt weiterhin die **Prävention von Fremdwasser** auszubauen: Dazu gehören Maßnahmen zur Reduzierung von Fremdwasser (z.B. Regenwasser, Grundwasser) im Schmutzwassersystem. Dies entlastet die Kläranlagen und senkt die Betriebskosten.

Weiterhin gehört auch die Förderung von **Regenwasserversickerung** auf privaten und öffentlichen Grundstücken, die Entsiegelung von Flächen (Schwammstadt) oder die Genehmigung von Regenwassernutzung für den privaten Haushalt.

Einer der leider hohen Kostentreiber ist die **kontinuierliche Instandhaltung und Erneuerung der Netze**: Eine gute und präventive Instandhaltung des Kanalnetzes verhindert aber auch teure Havarien und unkontrollierte Einleitungen, die später noch höhere Kosten verursachen. Diese Maßnahmen sind bereits seit einigen Jahren im Gange und halten leider weiter an.

Bei der **Transparenz bei der Kostenkalkulation** haben wir bereits die hohen kalkulatorischen Zinsen in der Gebührenrechnung kritisiert und eine Prüfung beauftragt. Diese muss transparent und nachvollziehbar sein, damit die Bürger verstehen, welche Kostenposten die Gebühren beeinflussen.

Zusammenfassend bin ich der Überzeugung, dass die Bürgerinnen und Bürger das Recht haben, zu verstehen, wie ihre Abgaben zustande kommen. Daher werde ich mich für:

- **Regelmäßige Bürgerdialoge** zu den Themen kommunale Finanzen und Gebühren einsetzen und
- Eine **unabhängige Überprüfung der Gebührenkalkulationen** in regelmäßigen Abständen ansetzen, um sicherzustellen, dass nur umlagefähige Kosten berücksichtigt, eine wirkliche Kostenanalyse erfolgt und Effizienzpotenziale gehoben werden.

Es ist eine Herkulesaufgabe, die historisch gewachsenen Kostenstrukturen in Mönchengladbach zu durchbrechen. Es wird keine schnellen Wunder geben. Aber mit einem klaren Fokus auf **Effizienz, Kosten und Potentialanalyse** bin ich davon überzeugt, dass wir die Möglichkeit haben, die Bürgerinnen und Bürger von Mönchengladbach spürbar zu entlasten und die Position als teuerste Stadt Deutschlands bei den kommunalen Abgaben abzulegen.